

# Nachbargemeinden streiten über Kiesabbau

Sachsen-Anhalt plant Arbeiten auf 55 Hektar Fläche – Bürgermeister Andreas Memmert beklagt negative Auswirkungen auf Schladen-Werla

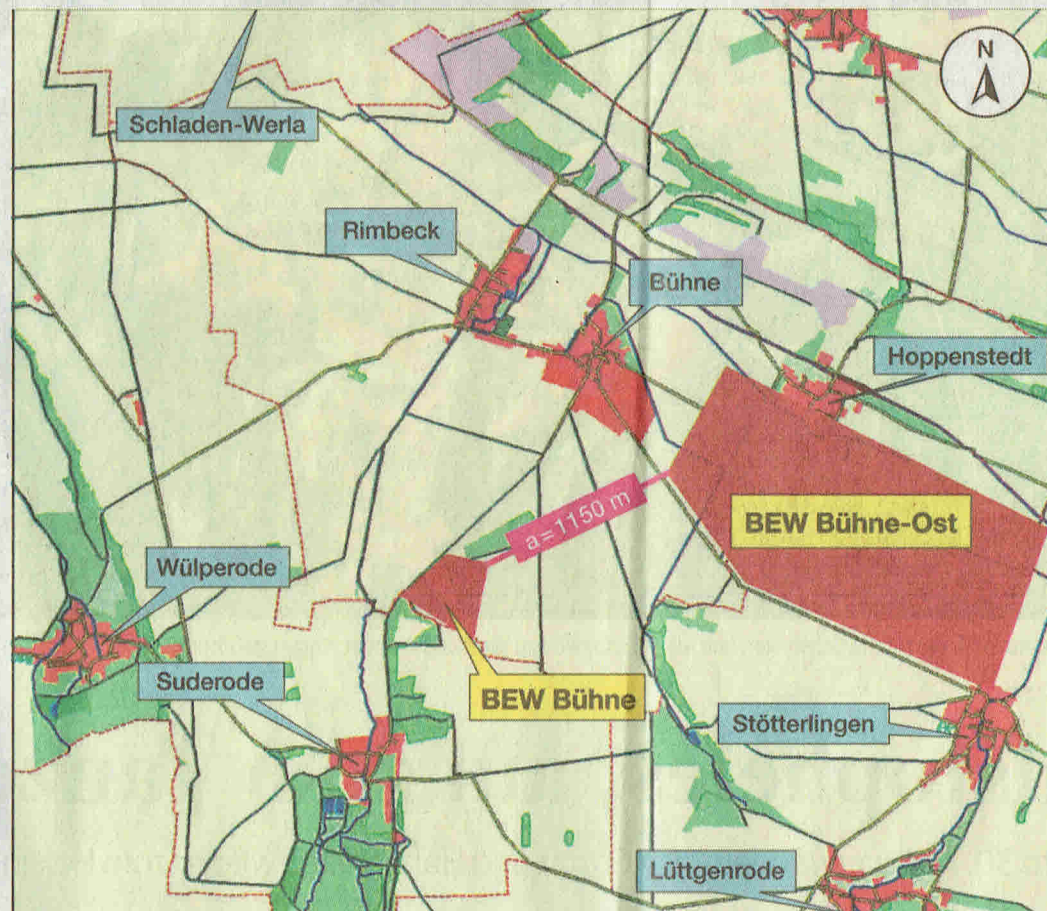
Von Franziska Nixdorf

**Schladen.** Einen großen Aufreger für alle Unterstützer des Hochwasserschutzgebietes hatte Andreas Memmert, Bürgermeister der Gemeinde Schladen-Werla, kürzlich zu bieten: Eine geplante Kiesabbaufäche im Ilsetal könnte nicht nur das Hochwasserrisiko in der Gemeinde Schladen-Werla erhöhen, sondern auch wassergefährdende Stoffe in das Grundwasser führen, so die Mitteilung des Bürgermeisters. Ein Runder Tisch solle nun den Konflikt zwischen Sachsen-Anhalt, wo der Kiesabbau seinen Ursprung haben soll, und der Gemeinde Schladen-Werla lösen, hofft Memmert.

Zwar gibt es schon ein Gebiet um den Sachsen-Anhalter Ort Bühne, in dem Kies abgebaut wird – offenbar sogar mit einem Schladener Betreiber. Allerdings handele es sich bei dem neu geplanten Projekt „um einen Neuaufschluss“, wie Gerhard Gunkel, Pressesprecher des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung in Sachsen-Anhalt, erklärte.

## Keine Benachrichtigung

Andreas Memmert wiederum fühlt sich nun förmlich hintergangen, wie er bereits in der letzten Gemeinderatssitzung Ende März angedeutet hatte. Hinter dem Rücken der Gemeinde Schladen-Werla und der niedersächsischen Behörden sei



Der Lageplan des Sachsen-Anhalter Wirtschaftsministeriums zeigt, wo sich das neue Kiesabbaugesbiet erstrecken soll: Die beantragte Abbaufäche liegt innerhalb der großen rot markierten Fläche um das nötige Bewilligungsgebiet BEW Bühne-Ost. Die Gemeinde Schladen-Werla liegt davon nordwestlich davon und könnte laut Bürgermeister Andreas Memmert in mehrfacher Weise negativ betroffen sein.  
Grafik: GZ

das Thema eines Kiesabbaus in Sachsen-Anhalt entschieden worden – und das, obwohl bereits vor mehr als einem Jahrzehnt eine intensive Diskussion mit den niedersächsischen Nachbarn den Stopp dieses Projektes herbeigeführt hatte. Auch

in seiner aktuellen Pressemitteilung bestätigt Memmert dies: „Fast 70 Einwendungen zum Hochwasserschutz, zur Gefährdung der Trinkwassergewinnung in Niedersachsens größter Grundwassergewinnungsanlage Börßum-Heiningen, zum Na-

tur- und Landschaftsschutz und zur Raumordnung sorgten dafür, dass das Vorhaben lange Zeit ruhte“, so Memmert.

Nun scheint sich das Blatt zu wenden, denn Landwirte und Eigentümer, die von den Auswirkungen

des Kiesabbaus auf einer Fläche von 55 Hektar betroffen wären, wurden mittlerweile vom Landesamt für Geologie und Bergwesen in Sachsen-Anhalt (LAGB) über die Wiederaufnahme des Projektes informiert. Ein Landwirt alarmierte daraufhin Bürgermeister Memmert.

## Bedenken zu Belastung

Als Ansprechpartner wurde dem Bürgermeister der Gemeinde schließlich Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Dr. Armin Willingmann genannt, dem Memmert mitteilte, dass die niedersächsischen Behörden nicht an dem Vorhaben beteiligt wurden und Bedenken zu den schädlichen Auswirkungen des Kiesabbaus haben. Zusätzlich würde dann auch der Bereich um Hornburg und Schladen mehr vom Lkw-Verkehr belastet sein, da der Kies auch abtransportiert werden müsse, so Memmert.

Sprecher Ralf Höhn vom Wirtschaftsministerium negierte jedoch den Vorwurf, das Vorhaben sei Rückhands geplant worden: „Der Minister hat von Beginn an versucht, das Verfahren transparent und im Sinne der Bürger zu gestalten“, heißt es in einer Mitteilung auf GZ-Anfrage. Einwände würden vom LAGB geprüft, wobei erst im Anschluss entschieden werden könne, ob ein Runder Tisch die richtige Diskussionsbasis sei. Wie es in dem Streit weitergeht, bald also offen.